

Menschen vor Profite: Der Mietenvolksentscheid Berlin

Preiswerter Wohnraum soll erhalten und neue billige Wohnungen geschaffen werden, argumentiert Max Manzey.

In Berlin herrscht Wohnungsnot. Seit dem Jahr 2003 sind die Bestandsmieten durchschnittlich um 29 Prozent gestiegen, bei den Neuvermietungen ist es ein Anstieg von 30 Prozent seit dem Jahr 2009. In manchen Innenstadtbereichen sind die Mieten um bis zu 90 Prozent explodiert in den letzten fünf Jahren. Dies führt dazu, dass kaum noch günstige Wohnungen zu finden sind und viele Menschen aus ihren Kiezen verdrängt werden.

Betroffen sind insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, Transferleistungsbeziehende, Alleinerziehende und ältere Menschen. Und das sind in Berlin viele: 260.000 Haushalte leben in Berlin unterhalb der Armutsgrenze. Aber auch Menschen aus der Mittelschicht werden immer stärker durch steigende Mietpreise belastet. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass in Berlin rund 120.000 preisgünstige Wohnungen fehlen. Tendenz steigend. Der Rückzug des Sozialstaats seit den 1990er Jahren, eine Flut an Immobilienspekulanten, die im Zuge der Krise nach rentablen Anlagemöglichkeiten suchen, und ein verstärkter Zuzug nach Berlin in den letzten Jahren haben zu dieser Wohnungskrise beigetragen. Die aktuellen Pläne des Senats zur Wohnraumförderung sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein - ein grundlegender Wandel der Wohnungspolitik wäre nötig.

Inspiziert vom erfolgreichen Volksbegehren "Tempelhofer Feld 100%" hat sich jetzt eine Initiative aus verschiedenen Mieterinitiativen gegründet, um einen solchen Systemwechsel der Woh-

nungsversorgung per Volksentscheid zur Abstimmung zu stellen. Das Ziel des Gesetzes ist ganz einfach: Bestehender preiswerter Wohnraum soll erhalten bleiben und neue preiswerte Wohnungen geschaffen werden. Dazu soll ein umfangreicher Wohnraumförderfonds eingerichtet werden, der sicherstellt, dass die Mieten in den geförderten Sozialwohnungen an das Einkommen der jetzigen Bewohner angepasst werden und somit günstig bleiben. Außerdem sollen über den Fonds Neubau von Sozialwohnungen und notwendige Modernisierungen von alten Wohnungen ohne Mieterhöhung ermöglicht werden.



Die zweite zentrale Änderung betrifft die kommunalen Wohnungsunternehmen, die bisher wie "normale" Unter-

nehmen Profite erwirtschaften müssen. Durch das Gesetz würden sie wieder zu ihrer ursprünglichen Funktion zurückkehren: günstigen Wohnraum durch Ankauf und Neubau schaffen. Dafür sollen die kommunalen Unternehmen in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt und mit 500 Millionen Euro zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet werden, die Mietermitbestimmung soll zudem ausgebaut werden. Der Mietenvolksentscheid soll langfristig Wohnraum dem Markt entziehen und somit dem Profitinteresse der Immobilienkonzerne. Nur so und durch den kontinuierlichen Widerstand der Mieterinnen und Mieter kann insgesamt das Problem der Wohnungsnot gelöst werden.

Das Gesetz soll im nächsten Jahr zur Abgeordnetenhauswahl zur Abstimmung gestellt werden. Damit das klappt, müssen ab Mitte April diesen Jahres in einer ersten Stufe 20.000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden. Von Januar bis April 2016 werden dann etwa 175.000 Unterschriften für die 2. Stufe gesammelt. Damit das gelingt, braucht es Unterstützung: unter www.mietenvolksentscheidberlin.de kann man sich als Unterstützerin oder Unterstützer des Volksbegehrens registrieren und sich aktiv für eine soziale und solidarische Stadt engagieren.

Max Manzey ist Mitglied von Die Linke.SDS und aktiv beim Mietenvolksentscheid

Die Unterschriftenlisten sind ab Mitte April zu finden unter www.mietenvolksentscheidberlin.de

DIE LINKE. Berlin unterstützt das Mietenvolksbegehren

Bezahlbares Wohnen bleibt Dauerthema



Wohnen ist ein Grundrecht. Und das Recht auf Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Städtische Wohnungsgesellschaften sollen breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum versorgen. Die Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Seit 2008 steigen die Mieten in Berlin überdurchschnittlich. In Berlin herrscht Wohnungsnot, weil die Mieten bei privaten Vermietern aber auch bei den städtischen Wohnungsgesellschaften für Haushalte mit geringem Einkommen unbezahlbar geworden sind. Immer mehr Menschen sind auf Unterstützung bei den Wohnkosten angewiesen. Auch bei den Menschen mit mittlerem Einkommen ist das Wohnungsproblem inzwischen angekommen. Viele normalverdienende Haushalte müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden.

Das Wohnungsbauprogramm des Senats löst das Problem nicht. Im Neubau werden immer mehr Wohnungen als teure Eigentumswohnungen mit hohem Ausstattungsstandard errichtet. Altbauwohnungen werden saniert und werden

danach erheblich teurer. So geht bezahlbarer Wohnraum verloren.

Kein Wunder also, wenn das Thema "Mieten" und "bezahlbares Wohnen" ein zentrales Thema in der Stadt ist. Es gibt in Berlin seit 2011 eine neue soziale Bewegung von Mieterinnen und Mietern. Immer mehr Menschen sind dazu bereit, die Lösung politischer Fragen in die eigenen Hände zu nehmen. Vor diesem Hintergrund wird im April / Mai das Mietenvolksbegehren gestartet. Die Initiative hat mit dem Mietenvolksbegehren das Ziel formuliert, dass über ein Gesetz für bezahlbare Mieten in der Stadt abgestimmt werden soll. Damit setzt die Initiative Senat und Politik unter Handlungsdruck.

Die Ziele des Volksbegehrens decken sich mit den programmatischen Zielen der Partei DIE LINKE. Berlin. Wir teilen das Ziel des Volksbegehrens, für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen müssen günstige Wohnungen bereitgestellt werden. Wir begrüßen die Vorschläge der Initiative, auch wenn wir sie nicht in allen Punkten teilen. Die LINKE wird sich dennoch engagiert an der Auseinandersetzung um das Mietenvolksbegehren beteiligen.

Der Landesvorstand und die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus sehen noch

zu einigen Aspekten des Volksentscheides Diskussionsbedarf und werden deshalb mit den Initiatoren des Volksentscheids das Gespräch und den Gedankenaustausch suchen.

Verständigen wollen wir uns dabei u. a. über die Modelle der neuen Ausrichtung der kommunalen Wohnungsgesellschaften, der ausreichenden Finanzierung der Wohnkosten für Transferleistungsbeziehende sowie über die Alternativen zum bisherigen konventionellen sozialen Wohnungsbau (Stichwort: dauerhafte Sozialbindung)

Zur Einleitung des Volksbegehrens müssen zunächst 20.000 Unterschriften gesammelt werden. Im zweiten Schritt wird im 2. Halbjahr 2015 der Senat eine Zulässigkeitsprüfung vornehmen und das Abgeordnetenhaus über das Volksbegehren beraten. Im dritten Schritt müssen im 1. Halbjahr 2016 zur Einleitung des Volksentscheids 175.000 Unterschriften gesammelt werden. Der Volksentscheid selbst soll gleichzeitig mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 2016 erfolgen.

Uwe Doering

MdA, Mitglied des Landesvorstands der LINKEN Berlin

Einwohnerfragen von Mitgliedern der LINKEN in der 39. Sitzung der BVV

Nachtragshaushalt und Bezirke

Michael Rohr, Mitglied der Reinickendorfer LINKEN, fragte das BA:

Was erwartet das BA vom Nachtragshaushalt, dem zufolge die Bezirke 120 Millionen Euro für die Erhaltung und Erweiterung der sozialen Infrastruktur erhalten sollen, für unseren Bezirk?

Bezirksbürgermeister Balzer (CDU) erläuterte, dass die 120 Mill. € nach einem Schlüssel auf die Bezirke aufgeteilt würden - pro Bezirk mindestens 7,1 Mill. Euro. Reinickendorf plane, 4,4 Mill. € für die Sanierung der Schulen und 2,7 Mill. € für Wege- und Straßenbau auszugeben. Das Geld stehe Mitte des Jahres zur Verfügung.

Nachfrage:

Wird das BA das mit dem bestehenden Personal bewältigen?

Antwort:

Mit dem bestehenden Personal sei das für alle Bezirke schwierig. Aber: Die Bezirke dürften vorher Personal einstellen. Die Mittel seien auch auf das kommende Jahr übertragbar.

Nachnutzung von TXL

Klaus Murawski, Mitglied der Reinickendorfer LINKEN, fragte das BA und die Fraktionen:

Wie werden das Bezirksamt und die BVV mit dem Interessenwiderspruch fertig, der durch die Veränderung des Masterplanes des Senats für die Nachnutzung von TXL entstanden ist, nachdem Bausenator Geisel dieser Tage erklärt hat, - ob Olympia oder nicht - nach der Stilllegung von TXL würde dort auf jeden Fall ein Wohngebiet mit 5.000 Wohnungen entstehen, was ja Herr Lambert und Herr Marten noch in der November-Sitzung der BVV abgelehnt haben?

Bezirksstadtrat Lambert (CDU) erinnerte, dass im Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses ein „wunderbarer Masterplan“ für die Nachnutzung von TXL entstanden sei. In dem Plan seien 1.000 Wohneinheiten vorgesehen; inzwischen wäre von 5.000, ja, sogar 8.000 WE die Rede. Sicher, die Menschen bräuchten Wohnungen, „bezahlbaren Wohnraum“. Das dürfe aber nicht die vorgesehene Entwicklung der Industrie- und Forschungskapazitäten gefährden.

Frank Marten (CDU) bestätigte den Interessenkonflikt. Die Planung sei noch sehr

vage; es gebe keine Abstimmung mit dem Bezirk. Was er in der Presse lese, mute wie ein Schnellschuss an - mit sozialen und gesundheitlichen Folgen, denn Reinickendorf wolle Arbeitsplätze. Olympia - hin oder her : es sei nicht die Art, wie der Senator „mit uns umgeht“.

Ulf Wilhelm (SPD) erwiderte, für die SPD gebe es keine Interessenkonflikte. Das SPD - Programm für TXL sehe Wohnbebauung vor. Die SPD sei für 5.000 WE mit entsprechender sozialer Infrastruktur.

Torsten Hauschild (B90/Grüne) bemerkte, Senator Geisel glaube wohl, gleich mit neuen Ideen in die Öffentlichkeit kommen zu müssen - was interessiere ihn dabei „sein“ Masterplan, der „über den Haufen geworfen“ werde. B90/Grüne verweigerten sich nicht dem Bau von Wohnungen, hielten aber am Masterplan fest.

BzStR Lambert bestätigte auf Nachfrage „Nutzungskonflikte“ zwischen Wohnungsbau und Gewerbe/Industrie. Es bestehe die Gefahr, dass der Senat die beim Flughafen Tempelhof gemachten Fehler wiederhole. Mit dem Bezirk und den Bürgern sei nicht gesprochen worden. Er bitte, dass der Senator eine Informationsveranstaltung durchführe.

Für eine soziale Wohnungswirtschaft

> Für bezahlbares und gutes Wohnen

Auch wenn der Senat verkündet, fast alles für bezahlbares Wohnen zu tun, steigen die Mieten und die Einkommensentwicklung hält hiermit nicht Schritt. Menschen mit geringen Einkommen haben immer größere Probleme, in Berlin eine Wohnung zu finden oder ihre Wohnung zu halten.

Berlin besitzt knapp 300.000 Wohnungen. Das Ziel des Senats von 400.000 städtischen Wohnungen unterstützen wir. Gebraucht wird aber auch ein größerer Wohnungsbestand zu sozial tragbaren Mieten. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir deshalb den Einstieg in eine soziale Wohnungswirtschaft beginnen. Sie sollen künftig mit konkreten Vorgaben auf die wohnungspolitischen Ziele des Landes verpflichtet werden. Der Kern der vorgeschlagenen Neuausrichtung ist, dass die kommunalen Gesellschaften als Gegenleistung für eine regelmäßige Eigenkapitalzufuhr dauerhaft und jährlich wachsend zusätzlich eine bestimmte Zahl von Wohnungen zu fixierten Höchstmieten zur Verfügung stellen.



Foto: Rico Prauss

Dazu müssen sie wirtschaftlich gestärkt werden. Durch die langjährige Konsolidierung sind sie zwar in einer guten wirtschaftlichen Verfassung. Auch der weitgehende Verzicht auf Gewinnentnahme, die Direkteinbringung von Grundstücken und die Bereitstellung von Fördermitteln verbessert ihre Wirtschaftlichkeit. Das alles reicht aber nicht aus. Die städtischen Gesellschaften müssten zusätzlich Kredite aufnehmen und ihre Einnahmen steigern, das führt zu Mieterhöhungen.

Unser Vorschlag ist ein anderer: Für Ankauf, Neubau, Bestandsentwicklung und soziale Mietgestaltung soll das Land Berlin jährlich mit insgesamt mindestens 100 Millionen Euro das Eigenkapital der Gesellschaften erhöhen. Daraus sollen die neuen Verpflichtungen aus der präzisierten Unternehmensstrategie finanziert werden. Für die Mietgestaltung in den Beständen

sollen mietendämpfende Kriterien gelten. Dazu zählen: keine Neuvermietungszuschläge ohne Wohnwertverbesserung, Beibehaltung der alten Mietvertragskonditionen und der Quadratmetermiete bei Wohnungstausch in kleinere Wohnungen, deutliche Unterschreitung der Mieterhöhungsmöglichkeiten nach Modernisierung.

Wir wollen zudem, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihre Rolle als Partner einer sozialen Stadt(teil)entwicklung ausbauen. Individuelle, auf die Einkommenssituation der jeweiligen Mieter zugeschnittene Modernisierungsvereinbarungen sollen Standard

werden. Mieterinnen und Mieter sollen bei Modernisierungen mitentscheiden.



Katrin Lompscher
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

Niedlich, aber mehr auch nicht

> Das Mietpreisbremschen kommt – es ist besser als nichts

Die Mieten steigen und die Koalition hat angekündigt, etwas dagegen zu tun. Deshalb wurde am 6. März im Bundestag ein „Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung“ beschlossen.

Warum die sogenannte Mietpreisbremse nicht überall gelten soll, wissen nur der Himmel und die Koalition. Schließlich haben wir in den vergangenen Jahren gesehen, wie schnell aus einem entspannten, ein angespannter Markt werden kann. Bei Neuvermietung darf die Miete künftig nicht mehr als zehn

Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Kein Pappentier würde eine aufstockende Vollzeitkraft vielleicht sagen, aber die interessiert ja nicht sonderlich.

DIE LINKE hat mit einem Änderungsantrag klar gemacht, wie aus dem Bremschen – denn mehr ist es nicht – eine taugliche Bremse werden könnte. Sie sagt: Der Mindestlohn muss wirklich durchgesetzt, die Kosten der Unterkunft für Transferleistungsbeziehende müssen den realen Gegebenheiten angepasst werden. Sie will das Höchstgebot beim Verkauf bundeseigener Immobilien abschaffen (denn das öffnet Privatisierun-

gen und Mietpreistreiber Tür und Tor). Sie fordert, dass die Bildung der örtlichen Vergleichsmiete reformiert wird, so dass alle bestehenden Mieten einbezogen werden. Und sie will den Schutz der Mieter_innen vor Eigenbedarfskündigungen stärken, sowie die „Räumung im einstweiligen Verfahren“ abschaffen, durch die Menschen obdachlos werden. Nun

haben wir stattdessen ein Bremschen. Besser als nichts, aber auch nicht schön.



Halina Wawzyniak
Mitglied des
Bundestages

Weitere Meldungen

Flüchtlinge in der Cité Foch – Senat muss handeln

Der **flüchtlingspolitische Sprecher Hakan Tas** erklärt:

Am 17. März 2015, habe ich die Notunterkunft in der Cité Foch, im Reinickendorfer Ortsteil Wittenau besucht und dort erschreckende Zustände vorgefunden.

Die Einrichtung in der Cité Foch wurde vor etwa einem Monat auf Anweisung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Betrieb genommen. Inzwischen sind hier 120 Flüchtlinge untergebracht. Der bauliche Zustand der ehemaligen Schule ist desolat. Die meisten Räume der Unterkunft haben keinen Zugang zu frischem Wasser, weil die Wasseranschlüsse nicht funktionsfähig sind. Waschmaschinen sind nicht vorhanden. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung sind deshalb angehalten, ihre Wäsche per Hand zu waschen und sie auf den Heizanlagen zu trocknen. 120 Flüchtlinge teilen sich jeweils eine Frauen- und eine Männer-toilette. Zwei weitere Toiletten sind vorhanden, aber nicht funktionsfähig. Die Flüchtlinge sind in insgesamt sechs Räumen untergebracht. Bis zu 25 Personen teilen sich somit ein Zimmer. Privatsphäre und besondere Schutzbedürfnisse von Frauen und Familien werden nicht gewährleistet. Zudem ist insbesondere für die Kinder die Sicherheit nicht gegeben. Sie spielen in der Nähe gebrochener Scheiben. Areale, die nicht betreten werden dürfen, können aufgrund von Personalknappheit nicht gesichert werden.

Ich bin entsetzt, dass die Unterkunft überhaupt eine Betriebserlaubnis bekommen hat. Keine angebliche Notlage kann das rechtfertigen. Ich fordere Senator Czaja auf, die Unterbringung von Flüchtlingen unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen sofort zu beenden.

Quo vadis, Schule?



Zu diesem Thema diskutierten wir am 18. März mit Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE, MdB) und Nuri Alexander Kiefer, erster Direktor der Gemeinschaftsschule Campus Hannah Höch im Wahlkreisbüro von Hakan Tas (Mda).

Teilnahme an der Stolpersteinverlegung für die Gruppe Mannhart



Am 25. März wurden an der Berliner Straße 26 in Tegel 13 Stolpersteine für Mitglieder der Widerstandsgruppe Mannhart verlegt. Mitglieder der LINKEN legten ein Blumengebilde nieder.

5 vor 12? Mit Vielfalt Rassismus und Rechtspopulismus überwinden!



DIE LINKE. Berlin beteiligte sich auch in diesem Jahr wieder an den stadtweit stattfindenden Aktion »5 vor 12« anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus am 21. März.

Mit dabei waren Mitglieder der LINKEN Reinickendorf.

Aktion zum Equal Pay Day



Vor der Filiale von randstad in der Müllerstraße verteilten am 20. März Mitglieder der LINKEN Reinickendorf Flyer, um auf die noch immer bestehende ungleiche Entlohnung von

Männern und Frauen aufmerksam zu machen.

Am Rande

Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird.

Reineke Fuchs freut sich über die neue „Reinickendorfer Allgemeine“

Frankfurt/Main und Wolfsburg haben sie, in Thüringen und im Märkischen wird sie gelesen - eine ALLGEMEINE. Seit Ende Februar erleuchtet sie uns nun auch in Reinickendorf. Nicht nur so eine Zeitung, was sage ich, nein, ein Medium.

Reineke hat eine RAZ erwischt. Bei einer Auflage von 40.000 und kostenlos kein Problem. Er blättert, liest sich auch mal fest - und staunt: Super! Was es nicht alles gibt in unseren Gefilden!? Er erfährt manch Interessantes. Auch einiges über Füchse, aber nicht seine Duftnote.

Bedeutsames geschieht zu Hofe drüben am Oakspring Weir. Reineke hat sich bestimmt nicht verzählt: Unser nobler König wird auf den Seiten 4, 5, 8, 13, 17, 21, 22, 23, 24, 26, 42, 52 und 63 mit Bild und Wort bedacht. Es ist geradezu übermächtig, was Majestät so alles leisten müssen: gratulieren, Bänder durchschneiden, kicken, Hände schütteln, Schecks überreichen, einen Spaten heben, das Frühjahr putzen und dabei immer zitierfähige Worte von sich geben. Dabei kann er - wie seine Freunde - auch mal reinfallen: Ein Olympisches Dorf auf TXL - das hätte doch seinen Namen in die ganze Welt getragen. Reineke fühlt mit unserem Bezirksregenten mit. Erstaunlich, dass jener nicht auch noch die Sommermode bei Vitanas ausprobieren, den Tee des Monats kosten, die Sonne einschalten, eine Dog Service Station einweihen, mit „Fidelen Rentnern“ feiern oder die Bienenhaltung preisen muss.

Ja, es gibt so viel Schönes ringsum. Tausende Tulpen und Narzissen schmücken die Boulevards, Schulhöfe und Wiesen. Harmonie allerorten. Da kann man doch einige Widerwärtigkeiten im Alltag und unbotmäßige Untertanen von Stonehill und anderswo glatt ignorieren.

Reinekes Ahnherr hat seinerzeit von einem Spiegel wundersam erzählt: Anstelle des Glases ein Beryll „von großer Klarheit und Schönheit“, in dem sich alles zeigte. „Und hatte jemand im Antlitz einen Fehler, wie er auch war, ein Fleckchen im Auge, durfte er sich nur im Spiegel besehn, so gingen von Stund an alle Mängel hinweg und alle fremden Gebrechen“.

Das wär doch was für den nächsten Investitionsplan, findet Reineke. Füchse ihrerseits müssen nüchtern bleiben. Zwar erheben die RAZ-macher den Anspruch, ein „unabhängiges Medium“ herauszugeben. Sie wollen „mitnichten einer politischen Tendenz nachgehen“. Was er gesehen hat, bestärkt Reineken allerdings in seiner Lebenserfahrung: Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird.

Reineke Fuchs

Impressum
Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Felix Lederle

Wir in
Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
IBAN: DE43 1007
0848 0525 6078
00, BIC (SWIFT):
DEUTDEB110.



Hier finden Sie uns:



Regionalgeschäftsstelle Berlin Nord

Fennstraße 2, 13347 Berlin

Öffnungszeiten:
Montag 09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Dienstag 09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Mittwoch 14:00 Uhr - 18:00 Uhr
Donnerstag 09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Freitag 09:30 Uhr - 12:00 Uhr

Tel.: 4401 7782

Fax: 4401 7781

E-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de